

Olaf Scholz: “Die Schuldenbremse ist links”.

Der Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz diskutierte seinen Vorschlag für einen Schuldentilgungsfonds der Bundesländer in Bremen (am 6. März 2013 in der Arbeitnehmerkammer)

Olaf Scholz geht von einem Schuldenstand der Länder in Höhe von ca. 535 Mrd. € aus. Bis 2020 kommen auf die Länder die Schuldenbremse einerseits sowie andererseits das Auslaufen der Solidaritätsabgabe für den Aufbau Ost und die Verpflichtung zur Neuregelung des Länderfinanzausgleichs zu. So oder so muss auch der Haftungsverbund zwischen Bund und Ländern neu organisiert werden.

Die Schuldenbremse führt am Ende zu einem Demokratie-Gewinn, weil sie Debatten über die staatlichen Ausgaben und deren Finanzierung provoziert: was will man mit welcher Priorität, wie soll es finanziert werden? Das Fazit: “Die Schuldenbremse ist links”.

Die Notwendigkeit der Kreditaufnahme wird noch auf lange Sicht bestehen. Auch wenn die Länder keine neuen Schulden mehr machen dürfen stehen das Auslaufen von Krediten und Umschuldungen an. So schuldet z. B. Hamburg derzeit pro Jahr 3-4 Mrd. € um, was bei den derzeitigen niedrigen Zinsen für das Land günstig ist. In den letzten Jahren sind die nominalen Zinszahlungen der Länder gesunken, obwohl der Schuldenstand gestiegen ist. Gewarnt werden muss vor den Verlockungen niedriger Zinsen bei kurzen Laufzeiten von Krediten: bei einem Anstieg des Zinsniveaus kann es dann sehr schnell zu überlasteten Haushalten kommen.

In jedem Fall ist es sinnvoll, so schnell wie möglich zu gemeinsamen Anleihen von Bund und Ländern zu kommen. Damit können die Länder dauerhaft von den für den Bund günstigen Zinsen profitieren. Der Bund bekommt auch deshalb günstigere Kreditkonditionen, weil er seine Einnahmesituation relativ frei gestalten kann – Länder und Kommunen haben hier sehr viel geringere Spielräume.

Die Länder haben derzeit eine jährliche Zinslast von ca. 20 Mrd. € zu tragen. Die Idee ist, die Altschulden der Länder in einen **Schuldentilgungsfonds** einzubringen, der mit dem Fonds Deutsche Einheit oder dem Erblasten-Tilgungsfonds vergleichbar ist. Der Bund übernimmt alle Zinszahlungen und das Zinsmanagement (auch bei fälligen Umschuldungen). Zur Finanzierung wird der Solidaritätsbeitrag für den Aufbau Ost (mit einem Volumen von ca. 13 Mrd. € p.a.) fortgeführt, der ansonsten auslaufen würde.

Die Tilgung erfolgt innerhalb von 50 Jahren durch die Länder. Dabei ist das politische Prinzip, dass die Länder nicht aus der Verantwortung (für ihre Altschulden) entlassen werden und zur Tilgung herangezogen werden. Für jedes Land wird ein eigener Tilgungsweg ausgehandelt.

Erfolgreich umsetzbar ist der Vorschlag nur im großen Konsens der relevanten politischen Kräfte – einfache Mehrheiten reichen nicht aus. Am Ende müssen alle Länder und der Bund zustimmen.

Das von [Andreas Bovenschulte](#), [Carsten Sieling](#) und [Rudolf Hickel](#) vorgeschlagene Einbeziehen der Kommunen in einen solchen Tilgungsfonds ist nicht unproblematisch. Der Bund befindet sich derzeit in einer Haftungsgemeinschaft mit den Ländern, nicht aber mit den Kommunen. Viele sind derzeit aus unterschiedlichen Gründen gegen eine Beteiligung des Bundes an den kommunalen Finanzen. Und das zu diskutierende Finanzvolumen würde eine wesentliche Ausweitung bekommen.

Diskussion

Bremen hat derzeit Schulden in Höhe von ca. 20 Mrd. € und zahlt Zinsen von ca. 650 Mio. € pro Jahr. Der Primärhaushalt ist nicht ausgeglichen; es gibt derzeit 300 Mio. p. a. (befristete) Sanierungshilfen des Bundes, und aus dem Länderfinanzausgleich flossen im Jahr 2012 ca. 500 Mio. € nach Bremen. Ein Wegfall dieser Zuflüsse würde selbst bei einer Streichung der Zinsen den Haushalt von ca. 4,5 Mrd. € sprengen. Eine Tilgungsrate von 2% würde für Bremen bedeuten, dass statt der 650 Mio. an Zinszahlungen dann ca. 400 Mio. Tilgungszahlungen erforderlich wären. Mit dem Auslaufen der Sanierungshilfe des Bundes wäre dann statt derzeit 350 Mio. € (650 minus 300) ab 2020 eine höhere Summe (die 400 Mio. für Tilgung) aufzubringen – unter der Prämisse anhaltender Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich. Niemand kann derzeit überzeugend darlegen, wie eine Einhaltung der Schuldenbremse (der Bremen ja zugestimmt hat) möglich sein soll.

In der Diskussion gab es Statements des Bremer Bürgermeisters Jens Böhrnsen und des Bremer SPD-Landesvorsitzenden Andreas Bovenschulte zur **Situation in Bremen**. Bovenschulte hofft darauf, dass Bremen nur zu einer Tilgungsrate von 1% verpflichtet wird (dann würde die Tilgung eben nahezu 100 statt nahezu 50 Jahre dauern – Fondskonstruktion?). Dann würden statt derzeit 350 Mio. pro Jahr (650 Mio. Zinsen minus 300 Mio. Bundeshilfe) auf Bremen „nur“ Tilgungszahlungen in Höhe von ca. 200 Mio. zukommen, eine Entlastung von ca. 150 Mio. pro Jahr.

Auch Bürgermeister Böhrnsen hält den Scholz-Vorschlag noch nicht für die komplette Lösung der Bremer Probleme. Er hofft auf weitere Verbesserungen der Einnahmen des Staates und wünscht z. B. eine Übernahme der Kosten für die Eingliederungsbeihilfen durch den Bund; das würde Bremen um weitere 100 Mio. € pro Jahr entlasten.

Kurzkomentar

Man mag sich nicht vorstellen, was denn mit dem Bremer Haushalt passiert, wenn nichts passiert. Noch ist ja sogar unklar, wo denn unter der Bedingung der Schuldenbremse das Geld nur für die Tilgung herkommen soll – wenn denn schon andere freundlicherweise die Zinszahlungen übernehmen.

Und es bleibt die Frage, wie hilfreich welche Schuldenbremsen für wen sind, wenn die ökonomische Abwärtsspirale in Südeuropa anhält und die Folgen auf Nordeuropa durchschlagen. Zumindest in den Krisenländern ist ohne Wachstumsimpulse eine politische Entwicklung absehbar, die sich wie in Italien nicht als Segen für die europäische Demokratie erweisen muss. Da macht es sich Olaf Scholz mit seinem Loblied auf die Schuldenbremse denn doch etwas zu leicht.